

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
General Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1538
Circulafte Riesa Nr. 52.

Nr. 26.

Sonnabend, 31. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Formate des Anzeigertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den 2. Anzeigertag 10 Silben 25 Gold-Pfennige, die 3. bis 5. breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag für die Zeile. Bewilligung: Adressen, wenn der Betrag vorzahlt, durch Frage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler in der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vervielfachung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Antwort Dr. Luthers auf Herriots Rede.

* Berlin. Reichsfanzler Dr. Luther hielt gestern abend bei einem Empfang der ausländischen Pressevertreter in der Presseabteilung der Reichsregierung folgende Rede:

Meine Damen und Herren!

Wenn man die außenpolitischen Geschehnisse und Probleme überblickt, so erscheinen sie als ein Wirrwarr politischer und wirtschaftlicher Streitfragen. Das Wirrwarr zu lösen, schreite an der Fortdauer der Gegenläufe aus dem Kriege. Die Entwirkung hat begonnen, als die Reparationsfrage herausgenommen und auf diejenige Grundlage gestellt wurde, auf die Grundlage der Verständigung. Der Dawes-Plan wurde in Kraft gesetzt und damit der Grundstein für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas gelegt. Sie alle kennen den Verlauf und den Stand des ersten Konflikt, der wegen der Räumung der nördlichen Rheinlandzone entstanden ist.

Die bisherige Behandlung des Konflikts durch einen Notenwechsel, den die Alliierten eingeleitet haben und den die Reichsregierung hat nachgedrungen aufnehmen müssen, ist naturgemäß in Deutschland wieder die Erregung nach an die fruchtbare Methode der ersten Nachkriegsjahre.

Die Alliierten beschuldigen Deutschland des Vertragsbruches und ziehen daraus Folgerungen von größter Tragweite gegenüber einem Lande, mit dem die Alliierten vor einigen Monaten wichtige Probleme am Verhandlungstisch gelöst haben, mit dem sie auch jetzt gewisse andere Fragen auf dem allein richtigen Wege sachlicher Verhandlung erörtern. Nehmen die Alliierten in einer Frage von so hoher Bedeutung, wie es die Frage der Räumung der Rheinzone ist, das Recht für sich in Anspruch, dieses selbe Land gleichsam vom Richterstuhl aus wie einen Angeklagten zu behandeln und ihm sogar noch gesammeltes Material zu Unkenntnis des einzelnen Anklage- und Beweismaterials zu halten.

Herr Herriot macht uns Vorwürfe darüber, daß wir die Ausbildung von selbstwilligen Rekruten gewagt hätten. Wenn man in Deutschland damals, als unter innenpolitischen Verhältnissen eine besonders gefährliche Spannung zeigte, wirklich einige Tausend Studenten für einige Wochen zur Unterstützung herangezogen haben, was bedeutet das für das Ausland gegenüber der Tatsache, daß es in ganz Deutschland die modernen Kampfmittel, die für die Kriegsführung allein ausschlaggebend sind, überhaupt nicht mehr gibt? Ich kann Sie versichern, daß die Reichsregierung sehr entschlossen ist, Bestreben in der Entwaffnung, die ihr von den Alliierten nachgewiesen werden, oder sonst von ihrer Kenntnis gelangen, zu befähigen.

Eine besondere Behandlung erfordert die Polizeifrage, auf die der französische Herr Ministerpräsident großes Gewicht zu legen scheint. Sie werden Verständnis dafür haben, daß wir nach unserer ganzen inneren Lage auf eine Polizei, die kräftiger als unsere Polizei vor dem Kriege organisiert ist, nicht verzichten können. Ich frage Herrn Herriot, ob er wirklich im Ernste der Ansicht ist, daß die von ihm angeführten Einzelheiten auch nur im entferntesten als ein Beweis für eine Bedrohung der Sicherheit Frankreichs angesehen werden können? Ich bin mit ihm einig darüber, daß wichtiger als die Zahl der Waffen und Munition, die moralische Abrüstung ist. Im übrigen wird aber die moralische Abrüstung in einem gesund empfindenden Volke sicherlich nicht dadurch gefördert, daß es sich allein unter den übrigen

gen Völkern den humanitären Kontrollmaßnahmen unterworfen sieht. Versteht man internationale Fragen jahrelang durch militärischen Druck statt der friedlichen Auseinandersetzung zu regeln, dann kann man sich nicht wundern, daß in dem betreffenden Lande mancher nicht mehr an den Schutz des Rechtes, sondern nur noch an die Macht glaubt.

Ich frage Herrn Herriot, ist er entschlossen, die nördliche Rheinlandzone zu räumen, nachdem die Befreiung der Deutschland etwa nachgewiesenen Verstöße in der Abrüstung sichergestellt ist?

Die Reichsregierung steht dem Sicherheitsgedanken nicht nur sympathisch gegenüber, sondern hat an seiner Verwirklichung auch ihrerseits ein reales Interesse. Die Sicherheitsfrage ist der Kern dieser Probleme. Sobald für die Sicherheitsfrage eine Lösung gefunden ist, ergibt sich damit die Lösung der meisten übrigen Fragen nahezu von selbst. Wenn so, wie es dem Anschein hat, die politischen Wünsche zweier Länder von der gleichen Tendenz getragen werden, sollte es meines Erachtens auch möglich sein, diese Wünsche zu verwirklichen.

Herr Herriot hat bei seinen Ausführungen den Gedanken einer Weltkonvention in den Vordergrund gestellt, wie sie durch das bekannte Genfer Protokoll vom Herbst vorigen Jahres angestrebt wird. Eine solche, alle Staaten umfassende Weltkonvention scheint auch mir das Endziel zu sein. Wenn er dabei daran denkt, das Endziel einer Weltkonvention durch Abmachungen zwischen einer Gruppe von Staaten vorzubereiten, in denen es als unmittelbar akut befunden wird, so ist die Reichsregierung durchaus bereit, hieran positiv mitzuarbeiten. Wenn aber internationale Verträge von der Art eines Garantiepaktes wirklich wirksam sein sollen, ist es notwendig, daß auch der geschlossene Wille der Völker selbst dahinter steht. Die wirkliche Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern kann nicht vollzogen werden, solange ein einzelnes Land zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird. Nicht förmlich erscheint, wenn versucht wird, innerpolitische Gegensätze anderer Länder für die Auseinandersetzung über außenpolitische Probleme zu verwenden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber die Frage stellen, welchen Anlaß denn das Ausland hat, von der Regierung Luther irgend eine realistische Politik zu befürchten? Es ist gerade mein Bestreben gewesen, eine Regierung zu bilden, die eine breite Grundlage im Parlament besitzt und dadurch den parlamentarisch-demokratischen Gedanken im möglichst weiten Umfange verwirklicht.

Der französische Herr Ministerpräsident hat seine ganze Politik vorgezogen zusammenzufassen in die drei Worte: Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung. Dieses Programm kann ich für Deutschland akzeptieren. Die Reichsregierung ist bereit, sich dafür einzusetzen, daß der Schiedsgerichtsgedanke, dessen Verwirklichung vielleicht zu den wertvollsten Teilen der Londoner Vereinbarungen darstellt, immer allgemeiner zur Bewertung kommt. Sie will mitwirken an der Verwirklichung einer Gewähr für die Sicherheit und Freiheit der Völker. Hinsichtlich der Abrüstung hat sie eine gewaltige Vorleistung bewirkt und kann nur hoffen, daß der im Versailles Vertrag angegebene Grund für diese Vorleistung, die allgemeine Abrüstung, bald in die Tat umgesetzt wird.

Rückkehr der preussischen Regierung Braun.

Von unserem Berliner Vertreter.

Berlin. Es war keine geringe Ueberraschung, als bei dem entscheidenden Wahlgang im Preussischen Landtag der frühere Ministerpräsident Braun mit den Stimmen der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten wieder gewählt wurde. Die Linksparteien betrachteten dieses Ereignis als einen entscheidenden Sieg in Preußen, indem sie sich darauf berufen, daß Braun eine absolute Mehrheit von drei Stimmen gegenüber der geschlossenen Opposition erhielt. Die Rechtsparteien, die sich auf den deutschnationalen Landtagsabgeordneten Erzelenz von Kries einigten hatten, brachten, wie bereits gestern gemeldet, insgesamt 175 Stimmen auf, während Braun 231 Stimmen erhielt. 89 Stimmen entfielen auf den kommunistischen Kandidaten.

Die Wiederwahl Brauns bedeutet im übrigen die Wiederherstellung der bisherigen kleinen Koalition aus Zentrum und Linksparteien. Für die Rechte ist es vorläufig immerhin ein ziemlicher Rückschlag, wenn es der Sozialdemokratie gelungen ist, das Zentrum für sich zu gewinnen und ihre bisherige Position unverändert zu behaupten. Man sieht schon jetzt voraus, daß die parlamentarischen Kämpfe in Preußen andauern werden, denn die Rechtsparteien werden sich schwerlich geschlagen bekennen. Nach Auffassung der maßgebenden Führer der Rechten kann unter Umständen aus der nunmehr geschaffenen Sachlage eine Staatskrise eintreten, die notwendigerweise zu einer Auflösung des preussischen Landtages führen wird, wenn es dem wiederkehrenden Kabinett Braun nicht gelingen sollte, eine einfache Mehrheit zu erhalten. Noch ist die Vertrauensfrage nicht gelöst, denn die neugebildete Regierung wird darauf angewiesen sein, nach der Abgabe der Regierungserklärung ein Vertrauensvotum zu fordern. Tut sie das

nicht, so kann sich daselbe Spiel wiederholen, das vor dem Rücktritt der preussischen Regierung vor sich gegangen war. In den deutschnationalen Blättern wird erklärt, daß der jetzige Sieg der Linksparteien in Preußen nichts anderes sei als ein Vorwärtsschritt. Man könne schon jetzt anfangen, daß das neue Kabinett Braun in wenigen Wochen daselbe Schicksal erleiden werde, wie das zurückgetretene Ministerium. Die Rechtsparteien scheinen weiterhin entschlossen zu sein, auf die Landtagsauflösung hinzuwirken.

Das Zentrumsbüro „Die Germania“, sucht im übrigen den Nachweis dafür zu erbringen, daß die religiösen Interessen des Katholizismus durch die Sozialdemokratie nicht gefährdet werden können als durch die Rechtsparteien. Die „Germania“ kommt dabei auf eine Aeußerung des völksparteilichen Landtagsabgeordneten Dr. Vinkemeit zurück, der erklärt habe, Kuntius Pauell schide sich bereits zur Reise nach Berlin an, um auch in Preußen die Frage des Konkordats wie in Bayern in einem für Rom günstigen Sinne vorzubereiten. Darin liege die größte Gefahr, da sie die Bewegung des römischen Katholizismus in dem protestantischen Preußen zum Ziele habe. Aus diesen Aeußerungen will die „Germania“ entnehmen, daß bei den Rechtsparteien die Abneigung gegen die einflussreiche Stellung des Katholizismus in Deutschland größer sei als selbst bei der Sozialdemokratie. Im übrigen scheint man in den Kreisen des Zentrums zu befürchten, daß sich in den Kulturfragen die Rechtsparteien mit der Linken vereinigen könnten, um gegen das Zentrum anzukämpfen. „Seien wir auf der Hut!“ schreibt das Blatt, „daß nicht eines Tages das Experiment erneuert wird und rechts und links sich um das Zentrum herum vereinigen.“ Man sieht aus diesen Erklärungen des maßgebenden Zentrumsbüros, welche Beweggründe für die Haltung des Zentrums in der preussischen Regierungfrage maßgebend waren. Auffällig ist dabei die Tatsache, daß das Zentrum sich auch weiterhin auf die Fortführung des Kampfes eingestellt hat und mehr oder weniger voraussieht, daß die baldige Neuwahl des preussischen Landtages kaum noch zu vermeiden sein wird.

Herriots „alarmierende Information“.

Berlin, 31. Januar. Der französische Ministerpräsident Herriot hat die ihm nahelebende Presse dahin informiert, daß seine scharfe Anklage gegen Deutschland auf alarmierende Nachrichten zurückzuführen sei, die er vor wenigen Tagen aus Berlin erhalten habe. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß der Reichsregierung nicht das Mindeste über irgendwelche beunruhigende Vorkommnisse, auch nicht bei der gegenwärtig stattfindenden Militärkontrolle zur Kenntnis gelangt sind. Man kann sich daher auch nicht im mindesten erklären, auf welche tatsächlichen Vorgänge sich die Berichte der französischen Kontrollorgane stützen können. Die Reichsregierung glaubt daher unbedingt in kürzester Zeit eine Mitteilung der Alliierten erhalten zu müssen, aus der hervorgeht, um welche Vorgänge es sich eigentlich hierbei handeln soll.

Die Rückreise Dr. Trendelenburgs.

Berlin, 31. Januar. Wie wir hören, wird Staatssekretär Dr. Trendelenburg nach einigen Tagen in Berlin verbleiben. Seine Rückreise nach Paris dürfte kaum vor Anfang nächster Woche erfolgen. Aus den vorläufigen Berichten Trendelenburgs entnimmt man in den deutschen Kreisverkreisen, daß eine baldige Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen möglich ist.

Die Opposition gegen Dr. Stresemann.

Berlin, 31. Januar. Wie wir hören, wird die Sozialdemokratie bei der bevorstehenden Ortsberatung im Reichstag heftige Angriffe gegen den Außenminister Dr. Stresemann richten, den sie beschuldigt, während seiner Kanzlerzeit ohne Befragen des Reichstages der Ruhrindustrie eine Reichsfinanzhilfe in Form von Entschädigungsabzahlungen in Höhe von über 700 Millionen Goldmark bewilligt zu haben. Auch die Demokraten werden an der Haltung Dr. Stresemanns scharfe Kritik üben. Dem gegenüber können wir mitteilen, daß die Reichsregierung in der Lage sein wird, über die ganze Angelegenheit dem Reichstag erschöpfende Auskunft zu geben und sämtliches Aktenmaterial über die Abmachungen mit den Ruhrindustriellen vorzulegen. Inzwischen ist auch die Vorlage der Regierung ausgearbeitet worden, in der um die nachträgliche Bewilligung der Mittel nachgehakt werden wird. Es ist sogar wahrscheinlich, daß noch weitere Nachforderungen gestellt werden müßten. In den oppositionell gerichteten Kreisen hofft man, daß es möglich sein wird, der Regierung bei der Beratung der Vorlage ernsthafte Schwierigkeiten zu machen.

Konferenz der Finanzminister der Länder.

* Berlin. Am 2. und 3. Februar wird in Dresden eine Aussprache der Finanzminister der Länder stattfinden, die die Grundlage für eine einheitliche Stellungnahme zu den Vorschlägen des Reiches in der Steuerfrage für Reich, Länder und Gemeinden schaffen soll. Am 4. Februar findet dann im Reichsfinanzministerium in Berlin eine Konferenz zwischen dem neuen Reichsfinanzminister und den Finanzministern der Länder statt.

Hält sich Belgien an seine Zusagen?

Berlin. Aus industriellen Kreisen des Westens wird gemeldet, daß eine nicht geringe Beunruhigung in den dortigen Wirtschaftskreisen hervorgerufen sei durch die Nachricht, daß Belgien entgegen der zugesagten Bereitwilligkeit, die Handelsvertragsverhandlungen auf der Grundlage der gegenseitigen uneingeschränkten Mostbegünstigung zu führen, eine Reihe von Waren im Handelsverkehr mit Deutschland künftig höher belastet zu sehen wünscht. Man konnte sich im Laufe der bisherigen Verhandlungen nicht des Eindruckes erwehren, daß Belgien von seiner ursprünglichen Zusage der unbeschränkten Mostbegünstigung zu Ungunsten Deutschlands abzuweichen wolle. Schon die bisherigen belgischen Minimalzölle belasteten deutsche Waren, besonders der eisenzeugenden und eisenverarbeitenden Industrie, bereits mit 30-50 Prozent des Warenwertes. Ein Wettbewerb war bisher schon sehr schwierig, er wird für die Zukunft völlig ausgeschlossen sein, nachdem Belgien inzwischen einen Sonderzoll für deutsche Erzeugnisse herausgegeben hat, dessen Höhe erheblich über den Minimalzoll hinausgeht. Damit würden deutsche Waren später vollständig vom belgischen Markte ausgeschlossen sein. Durch solche hochschuttsähnlichen Bestrebungen würden die belgischen Handelsinteressen nicht minder geschädigt werden als die deutschen. Die deutsche Ausfuhr wird zum überwiegenden Teile durch den belgischen Handel wieder nach anderen Kanälen überführt. Aufzuheben war vor dem Kriege vorzugsweise Umschlagwaren deutscher Durchgangsgüter, hat aber bis heute keine alte Bedeutung gerade wegen des Fehlens der deutschen Ware noch nicht wieder erlangt. Deutschland stehen für seine mittlere Ausfuhr viele andere Möglichkeiten über Holland oder deutsche Gebiete zur Verfügung, die die Schädigungen unseres Außenhandels durch Belgien erheblich verkleinern würden.